

ANTRAG der CDU-Fraktion in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR für die CDU-Gruppierung im Verwaltungsrat der VRR AöR

Deutschlandticket für alle Bürgergeldempfänger/Grundsicherungsempfänger

Der Verwaltungsrat der VRR AöR wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussvorschlag

Der Vorstand der VRR AöR wird um

die Erarbeitung eines Konzepts und eines Rechtsgutachtens zur rechtssicheren Einführung des Deutschlandtickets als Sachleistung für alle Bürgergeldempfänger/Grundsicherungsempfänger

gebeten.

- A. Zunächst ist eine Machbarkeitsstudie zu erstellen bestehend aus folgenden Inhalten:
1. Welche rechtlichen Voraussetzungen müssen dazu erfüllt werden?
 2. Welche Rechtsnormen müssen dazu geändert werden?
 3. Wie ist der Zahlungsfluss vom Bund zu den zuständigen kommunalen Stellen zu organisieren?
 4. Welche finanziellen, organisatorischen und verkehrspolitischen Auswirkungen für Kommunen, Verkehrsverbünde und Aufgabenträger können dadurch entstehen?
- B. Dann ist auf der Grundlage des Grobkonzepts ggfls. ein Rechtsgutachten in Auftrag zu geben, dass die rechtlichen, verfassungsrechtlichen, sozialrechtlichen, finanzverfassungsrechtlichen sowie europarechtlichen Voraussetzungen zur Einführung eines bundesweit nutzbaren vergünstigten oder kostenfreien Mobilitätstickets für Leistungsbeziehende nach dem SGB II, SGB XII sowie weiterer einkommensabhängiger Sozialleistungen (Etablierung des Deutschlandtickets als Sachleistung) prüft.
- Hierbei ist insbesondere untersuchen zu lassen,
- a. ob und unter welchen Voraussetzungen bestehende Mobilitätsanteile innerhalb der Regelbedarfssystematik berücksichtigt, angepasst oder teilweise durch infrastrukturelle Mobilitätsleistungen ersetzt werden können;

- b. ob Anforderungen aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum menschenwürdigen Existenzminimum einem solchen Mobilitätsticket entgegenstehen;
 - c. in welcher Form Mobilitätsleistungen als Sach-, Infrastruktur- oder ergänzende Sozialleistung rechtssicher ausgestaltet werden können;
 - d. welche bundes-, landes- und kommunalrechtlichen Zuständigkeiten betroffen sind;
 - e. welche Änderungen insbesondere im SGB II, im Personenbeförderungsgesetz, im Regionalisierungsgesetz, im Regelbedarfsermittlungsgesetz sowie gegebenenfalls im Finanzverfassungsrecht und den jeweiligen ÖPNV-Gesetzen erforderlich wären;
 - f. welche europarechtlichen Vorgaben, insbesondere des Beihilfe- und Vergaberechts, zu beachten sind
-

Begründung

Vorbemerkung:

1. Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe, der Arbeitsmarktintegration sowie des Zugangs zu Bildungs-, Gesundheits- und Versorgungsangeboten. Gleichzeitig unterscheiden sich die bestehenden Mobilitätsangebote und Sozialticketregelungen bundesweit erheblich.

In zahlreichen Ballungsräumen – insbesondere im Gebiet des Verkehrsverbund Rhein-Ruhr – bestehen bereits Sozialticketmodelle, die eine vergünstigte Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs ermöglichen. Gleichzeitig enthalten die Regelbedarfe nach dem SGB II pauschalisierte Anteile für Mobilität.

2. Das Bürgergeld steht regelmäßig im Mittelpunkt gesellschaftlicher Debatten. Besonders die Frage, wie Mobilität ermöglicht werden soll, zeigt die Grenzen des Existenzminimums deutlich auf. Im Regelsatz für Bürgergeld (Bürgergeld-Regelbedarf 2026 563 Euro für Alleinstehende) sind aktuell 50,50 Euro für Verkehrskosten vorgesehen.

Tatsächlich orientiert sich diese Summe an den durchschnittlichen Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel und Fahrräder in Haushalten mit geringem Einkommen. Der Gesetzgeber schließt Pkw-Kosten bewusst aus und verweist darauf, dass ein Auto nicht als lebensnotwendige Ausgabe gilt. Dennoch bleibt es den Empfängern selbst überlassen, wie sie ihr Budget verwenden.

3. Vor dem Hintergrund der Diskussion um eine Neuausrichtung sozialstaatlicher Leistungen sowie einer stärkeren infrastrukturellen Ausgestaltung staatlicher Daseinsvorsorge bitten wir in einem Stufenprozess um Klärung, ob und in welcher Weise bundesweit einheitlich besondere Mobilitätsangebote für Bürgergeldempfänger (Deutschlandticket) rechtssicher ermöglicht werden können.
4. Ziel dieses Antrags ist, dass das Deutschlandticket zukünftig als Sachleistung gewährt und der entsprechende Anteil des für Mobilität bisher angesetzten Regelbedarfs nach Regelsatz mit Einführung der Sachleistung zur Finanzierung dieses Mobilitätsangebots zur Verfügung gestellt wird.

Die Herausforderung besteht darin, dass Sachleistungen sozialrechtlich eigentlich eine Ausnahme darstellen sollen, weil sie die Handlungsfreiheit der Begünstigten einschränken könnten.

Stufe 1: Grobkonzept:

In der ersten Stufe ist in einer Machbarkeitsstudie zu prüfen,

- ob und unter welchen Voraussetzungen das Deutschlandticket rechtssicher als Sachleistung für alle Bürgergeldempfänger etabliert werden kann und
- welche Rechtsnormen des einfachen Bundesrechts zu ändern sind, um das Deutschlandticket gesetzlich als Sachleistung für alle Bürgergeldempfänger einzuführen. Dabei ist auch darzustellen und zu erläutern, welche Rechtsfragen in der zweiten Stufe in einem Feinkonzept/Rechtsgutachten zu prüfen wären. Dieses kann bei Bedarf auch verfassungsrechtliche Fragen betreffen.

Zu erwägen ist ferner, ob Ausnahmen für den Fall vorzusehen sind, dass Bürgergeldempfänger den ÖPNV und damit das Deutschlandticket aus bestimmten Gründen nicht nutzen können.

Auch ist im Rahmen einer Marktforschung zu klären,

- wieviel Menschen grundsätzlich als Empfänger dieses Mobilitätsangebots im VRR/in NRW in Betracht kommen,
- welcher Anteil davon als potenzielle ÖPNV-Nutzer in Betracht kommt und
- wie hoch vor diesem Hintergrund der finanzielle Beitrag aus dem Mobilitätsbudget im Bürgergeld (50,50 €) zur Finanzierung dieses Mobilitätsangebots sein muss.
- Insbesondere sind dort auch die Belange des Ländlichen Raums zu berücksichtigen und zu prüfen

Zudem ist gewünscht, in diesem Rahmen den Zahlungsfluss vom Bund über die Länder auf die zuständigen kommunalen Stellen zu skizzieren, insbesondere mit der Zielrichtung, wie der Bund den Ländern über das Regionalisierungsgesetz die Mittel verfügbar machen kann, die seitens der zuständigen öffentlichen Stellen in den

Ländern für die Bereitstellung des Deutschlandtickets zur Gewährung als Sachleistung verausgabt werden müssen.

Stufe 2: Feinkonzept/Rechtsgutachten

Auf Basis des Grobkonzepts sind dann im zweiten Schritt die konkreten Rechtsfragen zur rechtssicheren Etablierung des Deutschlandtickets als Sachleistung zu prüfen.

Dabei soll ausdrücklich untersucht werden,

- welche rechtlichen Grenzen bestehen,
- welche Gestaltungsspielräume der Gesetzgeber besitzt,
- welche Änderungen des Bundesrechts erforderlich wären,
- und ob eine stärkere infrastrukturelle Ausgestaltung von Mobilität sozial-, verfassungs- und finanzrechtlich tragfähig wäre.

Das Gutachten soll eine belastbare Grundlage für weitere kommunale, landes- und bundespolitische Initiativen schaffen.

Darüber hinaus ist in dem Gutachten in Grundzügen aufzuzeigen, wie sich ein solches Deutschlandticketmodell auf das Strafrecht (Stichwort: Entkriminalisierung des Schwarzfahrens) und auf eine mögliche Entlastung des Strafvollzugs und der Strafverfolgungsbehörden auswirken könnte.

Frank Heidenreich
CDU-Gruppierung im Verwaltungsrat der VRR AöR